

STEINKES ANSICHTEN



Neulich, beim Kommando Spezialkräfte

Die Größe einer mittleren Kleinstadt. Überaltert, aber doch voller Leben. So stelle ich mir die Zahl 70 000 vor, ein Alltagsgewusel auf Straßen und Plätzen. Ein Jahr nach dem Ausbruch der Pandemie sind so viele Menschen in Deutschland gestorben. In Pflegeeinrichtungen und auf Intensivstationen, hinter verschlossenen Türen, aber in der Inzidenzgesellschaft täglich präsent: als Todesdiagramm. Viele Menschen erzählen, wie sie täglich nach den Inzidenzen auch diese Zahl checken wie Börsendaten, ein Automatismus, der es schwer macht, hinter den Zahlen Menschen zu vermuten. Was im Frühjahr 2020 noch viele in Tränen ausbrechen ließ, damals, als die Bilder aus Italien in Wohnzimmer und auf Tablets gespült wurden, wurde inzwischen zur Gewohnheit.

„Gestorben wird immer“, entgegnet manche achselzuckend oder verweisen auf andere schlimme Todesarten. Nur sterben in einer Pandemie viele, die nicht hätten sterben müssen, Hochbetagte, Alte, aber auch viele Jüngere, deren Immunsystem sich gegen den eigenen Körper wendete. Die einen trifft es hart, die anderen kaum, das Schicksal kehrt zurück in eine nur vermeintlich planbare Welt, in der Risiken eben doch nicht einfach verschwinden, wenn man sie berechnen kann. Trotz hoch technisierter Medizin, in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt, gab es lange keinen Schutz. Mit dem Impfstoff kommt nun wie durch ein Wunder doch ein globaler Ausweg in den Blick. Aber vorerst bleiben die vielen Toten.

Manche Angehörigen leiden nun auch noch unter Schamgefühlen, weil ihre Lieben allein starben

Zu wenig wird über die Veränderung der Trauerkultur nachgedacht. Schon vor der Pandemie veränderten sich die Rituale des Umgangs mit Verstorbenen. Einerseits sollte es immer individueller werden, ganz auf den Verstorbenen und die Trauernden zugeschnitten, Zeichen kreativer Selbstdarstellung traten für manche Menschen an die Stelle überlieferter Rituale der christlichen Tradition. Andererseits stieg die Anzahl der Begräbnisse ohne Begleitung, was ein ebenso plötzliches wie klammheimliches Verschwinden von Menschen bedeutet.

Dieser Prozess hat sich in der Pandemie enorm beschleunigt. Denn obwohl auch öffentlich immer wieder das Kollektive dieser Katastrophe betont wird, werden die Tode als individuelle Schicksalsschläge verstanden. Gleichzeitig ist fast alles eingeschränkt oder gar verboten, was zum rituellen öffentlichen Umgang mit dem Tod gehört, darunter eingeführte Traditionen eines Weges mit den Toten und denen, die trauern. Viele Menschen starben allein, ohne Begleitung der Liebsten, ohne klärende Aussprachen, ohne zärtliche Gesten, ohne Abschied. Diejenigen, die nach so einem Tod ihrer Freunde und Angehörigen trauern, müssen nicht nur mit dem Verlust,

Mehr als eine Zahl

Ein Jahr Corona: Die Gesellschaft hat zugelassen, dass so viele Menschen einsam starben. Das ist eine kollektive Schuld

VON PETRA BAHR

sondern womöglich auch mit Schuldgefühlen und Scham weiterleben, Sterbende im Stich gelassen zu haben – obwohl sie für die Kontaktsperren, die den Weg zu den Sterbenden unmöglich machten, nicht verantwortlich sind. Dass eine Gesellschaft, die sich selbst vor dem Horizont der Menschenwürde entworfen hat, diese Einsamkeit im Sterben zugelassen hat, ist eine kollektive Schuld, die beim Namen genannt werden muss.

Die seelische Belastung, auch die des medizinischen oder pflegerischen Personals, das – sowieso schon am Limit – den einsam Sterbenden die Hand gehalten hat, verschwindet unter dem akuten Handlungsdruck. Das wird nicht so bleiben. Es ist nicht übertrieben, hier von Traumata zu sprechen, die sich irgendwann später Ausdruck verschaffen.

Verantwortlich für den Tod so vieler Personen ist nicht nur, aber auch politisches Versagen

Auch Trauerfeiern waren und sind immer noch eingeschränkt. Große Trauergemeinden können sich nicht versammeln, nicht gemeinsam am Grab weinen und später beim Kuchen lachen. Digitale Surrogate helfen. Doch da, wo Worte des Mitleidens versagen, können Berührungen nun nicht helfen. Der Trauerzug durchs Dorf oder durch den Stadtteil ist zwar in den vergangenen Jahren seltener geworden, doch nun fällt er ganz aus. Tote verschwinden beinahe sang- und klanglos. Nachbarschaften und fernem Bekannten bleibt der Abschied verwehrt, obwohl diese Halbtrotzenheit, die sich mit dem Memento mori verbindet, für Gemeinschaften wichtig ist. Der medialen Dauerpräsenz des Ster-

bens entspricht eine vollendete Privatisierung der Trauer. So wird eine Gesellschaft an ihre Verletzlichkeit erinnert, findet aber keine Orte, diese zu thematisieren, und sei es auch nur in Form eines Psalms oder eines Musikstücks bei der Beerdigung der alten Nachbarin.

Eine öffentliche staatliche Gedenkfeier, wie sie nun am 18. April stattfindet, ist aller Ehren wert und mag die verschwundene Kleinstadt der über 70 000 für einen Moment ins kollektive Gedächtnis zurückholen. Der Staat und seine Repräsentanten und Repräsentantinnen, Vertreterinnen und Vertreter der Verfassungsorgane können vielleicht stilvoll gedenken, mit Musik und einfühlsamen Reden der schieren Zahl der Opfer ein Gesicht verleihen, für eine Unterbrechung sorgen, in der die Toten einen Namen bekommen.

Insbesondere die Generation der Enkel möchte das Sterben nicht mehr verdrängen

Namen stehen nicht nur in der christlichen Tradition für das Einzigartige und für den Beziehungsbaum, der Menschen ausmacht. Nur kann der Staat nicht trösten und schon gar nichts versprechen. Das wäre eine zivilreligiöse Anmaßung, die ins Leere laufen muss. Auch staatliches Versagen, auch politische Orientierungslosigkeit sind ja mitverantwortlich dafür, dass so viele Menschen gestorben sind. Die fatale Verstrickung kennt keinen Ausweg außer der Übernahme dieser Verantwortung, die sich kaum personalisieren lässt. An entscheidender Stelle kann er die Fähigkeit zu trauern nur an die zurückgeben, die in der Nähe der Trauernden leben: denen, die Trauergottesdienste feiern, den Nachbarn, die auf die achten, die sich mit Schuld, Scham und Verstörung alleingelassen fühlen, den Zugehörigen, die mit jeder Umarmung gegen die grundlegenden Regeln der Pandemiebekämpfung verstoßen.

Es gibt keinen einfachen Weg aus so viel verborgenem Leid. Es zu beschweigen wird allerdings einen Preis haben – nicht nur für jene, die jetzt in Trauer sind. Da und dort wachsen lokale Initiativen. In den sozialen Medien verbreitet sich der Hashtag #MehralseineZahl. Es ist, so scheint es, vor allem die Generation der Enkel, die nicht hinnehmen will, dass die Verstorbenen einfach verschwinden. Das lässt hoffen. Die Toten der Pandemie sind längst auch schlimmster Ausdruck der kollektiven Verwehrtheit, die zu überleben hoffentlich alle wacher werden lässt im Umgang mit dem seelischen und körperlichen Leid, das auch nach der akuten Phase der Pandemie nicht verschwindet.

Die Davongekommenen sollten es sich nicht zu einfach machen. Am Umgang mit den Verstorbenen und den Trauernden entscheidet sich auch die Menschlichkeit unserer Gesellschaft.

Petra Bahr ist Regionalbischöfin in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers.

Wunderbar knapp und klar heißt es im Grundgesetz: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Der Satz macht umso größere Freude, je seltener er ausgesprochen werden muss. Dass sich die Hinweise auf Artikel 5 Absatz 3 GG seit einiger Zeit häufen, ist deshalb nicht unbedingt ein gutes Zeichen. Die „Initiative Weltoffenheit“, zu der sich im Dezember die Häupter von rund 30 Kultureinrichtungen zur „Verteidigung eines Klimas der Vielstimmigkeit, der kritischen Reflexion und der Anerkennung von Differenz“ zusammengetan haben, führt „GG 5.3“ direkt im Namen, und das Anfang Februar an die Öffentlichkeit getretene „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ warnt, „dass die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt werden soll“. In anderen Manifestationen politisch-kulturellen Unbehagens war in den vergangenen Jahren von „Meinungskorridoren“, gar von Zensur die Rede, und jenseits solcher Proteste stimmen regelmäßig knapp zwei Drittel der Menschen in diesem Land der Ansicht zu, man müsse heutzutage „sehr aufpassen“, was man sagt.

Nun ist es eine Sache, den allzu durchschaubaren Stimuli der Demoskopen ohne großes Nachdenken, vielleicht sogar ironisch-trotzig beizupflichten; eine andere ist es, entsprechende Positionen ernsthaft zu vertreten. Wenn Lehrstuhlinhaberinnen, Intendanten und Museumsleute glauben, die Freiheit von Wissenschaft und Kunst mittels öffentlicher Erklärungen sichern zu müssen, dann ist das zu unterscheiden von jenem ressentimentgeladenen Empörungsmodus in den sozialen Medien, dem nicht einmal mehr auffällt, wie sehr er aus dem ständigen Selbstwiderspruch des „Das-darf-man-janicht-mehr-sagen“ lebt.

Gleichwohl oder gerade deshalb stellt sich die Frage, ob es tatsächlich an der Zeit ist, sich um die Vielstimmigkeit und Weltoffenheit des politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Diskurses in diesem Land zu sorgen. Gibt es wirklich Stimmen und Positionen, die nicht geäußert werden können? Die näherliegende Beobachtung ist doch, dass es in unserer für jede und jeden höchst real gewordenen virtuellen Welt noch nie so leicht war, sich an die Allgemeinheit zu wenden. Nur bedeutet das natürlich nicht schon, mit allem und jedem Gehör zu finden – oder gar, auf Zustimmung zu stoßen.

Das Recht, unwidersprochen seine Meinung zu sagen, ist grundgesetzlich nicht garantiert. Und dass Machtpositionen keine Wahrheitsansprüche begründen, sollte zwei Generationen nach „Achtundsechzig“ keiner Erklärung bedürfen, zumal

Mimosenmacht

Jetzt beklagt ein „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“, man könne nicht mehr frei forschen und lehren. Wer dies sagt, verwechselt etwas

VON NORBERT FREI

nicht unter Kulturverantwortlichen und Wissenschaftlerinnen. Sieht man die beiden genannten, politisch höchst gegensätzlich motivierten Deklarationen daraufhin einmal durch, finden sich erstaunliche Parallelen. So führt das aus der Kontroverse um Achille Mbembe entstandene, von linker und linksliberaler Seite inspirierte Plädoyer der „Initiative GG 5.3“ ziemlich mimosenhaft Klage, es würden „durch missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs wichtige Stimmen beiseite gedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt“. Dass auch ein solches Statement (Artikulations-)Macht demonstriert, wird gerne übersehen: Weil man sich als Opfer einer breiten Mehrheit im Bundestag sieht, die nicht begreifen will, dass ihr Eintreten gegen die antisraelische Boykott-Bewegung BDS angeblich zu Lasten der Palästinenser geht.

Seit 1968 sollte klar sein: Machtpositionen begründen keine Wahrheitsansprüche

Noch ein ganzes Stück larmoyanter allerdings tönt der Text der Netzwerk-Professoren, die mehrheitlich wohl dem konservativen, zu Teilen dem rechten Spektrum zuzurechnen sind: „Hochschulangehörige werden erheblichem Druck ausgesetzt, sich bei der Wahrnehmung ihrer Forschungs- und Lehrfreiheit moralischen, politischen und ideologischen Beschränkungen und Vorgaben zu unterwerfen“, heißt es dort. Was folgt, sind freilich keine Belege für herrschenden Druck, sondern nur vage „Beobachtungen“ vorausseilender Fügsamkeit: Manche würden „ihre Forschungs- und Lehrfreiheit selbst beschränken, weil sie antizipieren, mit Äußerungen, Themenstellungen oder Veranstaltungen als Person diskreditiert zu werden“. Am Ende dann auch hier die Opfererzählung – mit Hochschulen, an denen „die Betroffenen die Erfahrung gemacht haben, dass denjenigen, die ins Visier des ideologischen Aktivismus geraten, wegen des Risikos, selbst zur Zielscheibe zu werden, niemand beispringt“.

Dass Universitäten Orte der geistigen Auseinandersetzung sind, dass Erkenntnis auch im Streit entsteht, nicht dekretiert werden kann, diskursiv begründet und gegebenenfalls mit intellektueller Schärfe verteidigt werden muss – von allem findet sich in der Verlautbarung des „Netzwerks Wissenschaftsfreiheit“ kein Wort. Stattdessen setzt man darauf, durch die Beschwörung von Zuständen wie in den USA, wo „Cancel Culture“ und eine maßlos gewordene Identitätspolitik tatsächlich ein Campus-Problem darstellen, jenes überbrave Uni-Milieu konservieren zu können, das man als Ergebnis der Bologna-Reformen anfangs zwar kritisiert hat, inzwischen aber ganz bequem zu finden scheint.

Doch in solchen Biedermeier-Träumen erschöpft sich die Agenda zumindest eines Teils der „Netzwerker“ offenkundig nicht. In der rechtskatholischen Tagespost erläuterte der Würzburger Historiker Peter Hoeres kürzlich unter dem Motto „Wehret den Anfängen!“, wie sehr er sich im Ausschuss seines Berufsverbands vier Jahre lang beschnitten fühlte angesichts einer dort angeblich herrschenden „Privilegierung von Geschlechtergeschichte“ und der „Auswahl von Sektionen für den Historikertag nach biologischen Merkmalen der Referenten“. Ähnliches werde ihm aus den Gremien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) berichtet.

Wogegen Hoeres und seine Mitstreiter im Fall der DFG polemisieren, ist nichts weiter als eine unlängst beschlossene Ergänzung ihrer Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis, die nun ausdrücklich auch auf eine „Reflexion der Bedeutung von Geschlecht und Vielfältigkeit für die Forschung“ zielen. Schwer zu glauben, dass man dagegen anno 2021 noch etwas haben kann.



Norbert Frei ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena und leitet das Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Herausragender Journalismus ist eine Auszeichnung wert.

Die Süddeutsche Zeitung verleiht zum 9. Mal den Herbert-Riehl-Heyse-Preis und dotiert herausragende Beiträge mit einem Preisgeld von 10.000 Euro. Bis zum 1. April 2021 können Journalistinnen und Journalisten Essays, essayistische Reportagen oder Kommentare aus einem deutschsprachigen Medium einreichen.

Jetzt Beiträge einreichen

HERBERT RIEHL-HEYSE PREIS



Alle Infos unter sz.de/riehl-heyse-preis